



Bauer zum Mindestlohn: „Wer nicht gesetzlich will, der will gar nicht!“ Layout: B. Dräger

Jetzt müssen Bundeskabinett und Bundestag entscheiden

Bundesrat will Mindestlohn

Der Bundesrat hat sich für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns ausgesprochen. Aufgrund der Initiative des Landes Niedersachsen hat die Länderkammer das in ihrer März-Sitzung beantragt. Nun haben Bundeskabinett und Bundestag das Wort. Hier verfügen CDU/CSU und FDP über die Mehrheit, eine Ablehnung gilt als sicher. „Es sei denn, bis dahin kehrt Vernunft ein“, hofft SoVD-Landesvorsitzender Adolf Bauer.

Die Chancen stehen nicht gut. CDU und CSU beharren

seit Jahren auf der Tarifhoheit von Arbeitgebern und Gewerkschaften, setzen sich lediglich für lose Lohnuntergrenzen ein. „Wer nicht gesetzlich will, der will gar nicht“, hält Bauer dagegen. Das den Tarifparteien zu überlassen, sei „eine Beerdigung erster Klasse“. Der Organisationsgrad von Gewerkschaften sei schlechter geworden, außerdem gebe es immer häufiger Haustarife. „Wir müssen das gesetzlich regeln, so fordern es ja auch die Gewerkschaften“. Der SoVD fordert den Be-

trag, den die meisten Gewerkschaften auch wünschen: „8,50 Euro können allerdings nur ein Einstieg sein; wir wissen, dass das eigentlich nicht reicht. Aber irgendwo muss man anfangen“, so Bauer.

Bauer erinnert an eine Berechnung aus dem Bundesarbeitsministerium. Im von-der-Leyen-Ministerium sei auf Arbeitsebene errechnet worden, dass man eigentlich sogar viel höher ansetzen müsse. Um im Alter nicht in Armut zu landen, müsse man sogar bei bis zu 14 Euro landen.

Editorial: Hartz-IV-Bilanz

Freudengesänge sind unangebracht

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder,

man liest dieser Tage wieder viel Lob über die Agenda-Gesetze von Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder und der SPD. Mutig sei das gewesen. Umsichtig. Die richtige Entscheidung. Perspektivlos. Beim Lesen so mancher Kommentare bekommt man den Eindruck, „Hartz IV“ habe alle Probleme des bundesdeutschen Arbeitsmarktes gelöst. Das Gegenteil ist der Fall. Mit dem tiefen Einschnitt der „Neuen Grundsicherung“, wie die rot-grüne Bundesregierung sie damals verniedlichend nannte, wurde der Armut ein Weg in die Mitte der Gesellschaft geebnet – übrigens sanktioniert von fast allen im Bundestag vertretenen Parteien. Für eine Hartz-Jubelarie besteht kein Grund. Und erst recht nicht für eine „Agenda 2020“, wie sie Schröder selbst gerade medial wirksam forderte. Was wir brauchen, ist eine Generalrevision. Zwei erfolgreiche Verfassungsklagen und die enorm hohe Zahl von Hartz-Streitfällen zeigen deutlich, dass wir eine grundlegende Korrektur brauchen. Die gegenwärtige Bilanz ist ein Desaster. Freudengesänge sind nicht angebracht. Sie verhöhn die Menschen, die jetzt von Armut und prekärer Beschäftigung betroffen sind. Das sollten wir nie vergessen.

Ihr

Adolf Bauer, 1. Landesvorsitzender



Medizin und Kultur

Vorträge

Auch in diesem Jahr veranstaltet der Blinden- und Sehbehindertenverband Niedersachsen (BVN) wieder ein Patientenforum.

Dabei stehen verschiedene Fachvorträge zu medizinischen Themen - wie etwa Herzerkrankungen, Diabetes, Sehbehinderungen - auf dem Programm. Die Veranstaltungen finden beim BVN in Hannover statt. Außerdem organisiert der Verband Kulturveranstaltungen (unter anderem den „Klassikerherbst“), um Menschen mit eingeschränkter Mobilität die Möglichkeit zum Besuch kultureller Veranstaltungen zu geben.

Weitere Informationen gibt es im Internet (www.blindenverband.org) oder unter der Nummer 0511/5104223.

Behindertensportler

Gewonnen

Torben Schiewe ist Behindertensportler 2013. Der 27-jährige Sitzvolleyballer gewann damit die Wahl, die vom Behinderten-Sportverband Niedersachsen (BSN) durchgeführt wurde.

Seiner Bewunderung verlieh auch Laudator Matthias Steiner Ausdruck. Der Olympionike und Gewichtheber überreichte die Trophäe an Schiewe. 33 Prozent der Stimmen entfielen auf den Celler, der damit vor dem Handbiker Vico Merklein gewann. Und auch die weiteren Platzierungen waren umkämpft: Sportschütze Frank Heitmeyer, Handbiker Bernd Jeffré und Bogenschütze Matthias Alpers lagen im Stimmresultat dicht beieinander.

Der Kampf für den verteilungsgerechten Sozialstaat geht weiter

UMfairTEILEN: Aktionstag im April

Wer viel hat, kann geben: Der Kampf um den verteilungsgerechten Sozialstaat geht weiter. In ganz Deutschland ist am 13. April Aktionstag des Bündnisses UMfairTEILEN. Der SoVD ist Mitglied - und beteiligt sich. Eine der großen Veranstaltungen in Niedersachsen findet auf der Georgstraße in Hannover statt.

Die ungleiche Verteilung des Geldes in Niedersachsen und Deutschland war eine wichtige Forderung des SoVD-Landesverbandes Niedersachsen zur Landtagswahl - und wird eine wichtige Forderung zur Bundestagswahl bleiben. Konkret geht es um die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine einmalige Vermögensabgabe - übrigens nur für wirklich reiche Menschen

mit einem Nettojahresvermögen von mehr als 120.000 Euro.

In Hannover geht es am 13. April um 10 Uhr mit dem Aufbau los. Für 12 Uhr ist eine Kundgebung angesetzt, da-

nach zieht sich ein Demonstrationzug durch die Innenstadt. Das Ende ist für 15.30 Uhr vorgesehen. Dazwischen finden kreative Protestaktionen statt.



Am 13. April ist Aktionstag des Bündnisses UMfairTEILEN. Der SoVD beteiligt sich. Foto: Matthias Büschking